

Islam weitgehend in Deutschland angekommen

Potentiale zur Einbindung islamischer Vereinigungen aber vielfach noch ungenutzt – Bilanz eines zweijährigen Forschungsprojekts

Bei dem Forschungsprojekt „Gesellschaft gemeinsam gestalten – Islamische Vereinigungen als Partner in Baden-Württemberg“ wurden rund 200 muslimische, kommunale und kirchliche Verantwortungsträger schriftlich und mündlich befragt. Dabei ging es um Dialog- und Kooperationserfahrungen, Bedingungen und Hindernisse des Dialogs, Öffentlichkeitsarbeit, islamischen Religionsunterricht, Zielgruppenarbeit islamischer Vereinigungen (Jugendliche, Frauen, Senioren) und die Rolle der Imame.

Schwerpunkt waren 61 Leitfaden-Interviews in acht ausgewählten Kommunen, die von einer muslimischen Projektmitarbeiterin durchgeführt wurden. Daneben fand eine umfangreiche Materialauswertung statt. Auf diese Weise entstand ein umfassendes Bild über Strukturen, Aktivitäten und Positionen islamischer Vereine, die in der Regel wenig bekannt sind, sowie über das Dialogverhalten kommunaler und kirchlicher Einrichtungen.

Ziel des Projekts war es, eine neue Arbeitsgrundlage für die Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Kirchen und Moscheevereinen bereit zu stellen. Dazu dienen eine CD-Rom mit Landkarten und Adressen, ein Handbuch, das im September im Nomos-Verlag erscheint, sowie die Abschlussstagung am 23./24. April.

Mit dem Generationenwandel orientieren sich islamische Vereinigungen seit einigen Jahren verstärkt auf das Einwanderungsland Deutschland und die deutsche Sprache hin. Islamische und deutsche Identität sehen sie nicht als Widerspruch. Dennoch fehlt es ihnen noch vielfach an Zugang zu kommunalen Strukturen und Ressourcen. Nachfolgend werden die wichtigsten Befunde dargestellt.

1. Transparenzprobleme auf allen Seiten

Unklare Strukturen und nicht veröffentlichte Kontaktdaten erschweren die Kontaktaufnahme mit islamischen Vereinigungen. Für diese sind aber die kommunalen und kirchlichen Strukturen oft nicht weniger transparent und zugänglich. Ziel sollte daher sein, dass Kommunen, Kirchen und islamische Vereinigungen Ansprechpartner für den Dialog benennen und ihre Einrichtungen so präsentieren, dass diese Informationen bei potentiellen Adressaten ankommen.

2. Aktivierung islamischer Vereine

Wo (wie in Mannheim) Kommunen auf islamische Vereine zugehen und die Zusammenarbeit suchen, werden dadurch innere Reformen angestoßen. Die Öffnung islamischer Vereinigungen braucht Resonanz von kommunalen oder kirchlichen Einrichtungen, um nicht ins Leere zu laufen. Da islamische Vereinigungen noch wenig integriert und etabliert sind und über verhältnismäßig geringe Ressourcen verfügen, ist meist die Aktivierung von außen entscheidend. Nur in wenigen Fällen, wie in Friedrichshafen, ging die Initiative zum Dialog von islamischen Vereinigungen aus.

3. Möglichkeiten der Einbindung nur teilweise genutzt

Die verbreitete Aufgeschlossenheit islamischer Vereinigungen für Kontakte und Dialog sollte genutzt werden, um sie in Kommunen auf möglichst vielen Ebenen einzubinden: Stadtjugendring, Integrationsausschuss, stadtteilbezogene Handlungsfelder, Nachbarschaftshilfe, Gemeinderat, Parteien, Gewerkschaften, vorhandene Netzwerke zur Integration usw. Durch die Mitwirkung an diesen Gremien können verbindliche und dauerhafte Kommunikationsstrukturen aufgebaut werden.

4. Regelangebote kommen nicht an

Regelangebote von sozialen Diensten und Bildungseinrichtungen erreichen muslimische Zielgruppen oft kaum, so dass Parallelstrukturen ohne Einbindung in den Moscheevereinen entstehen. Die Vereine sehen es als ihre Aufgabe an, Ansprechpartner in migrationsspezifischen Fragen zu sein. Es gelingt ihnen damit jedoch nur wenig, an vorhandene Strukturen anzuknüpfen. Vor allem im Bereich der Altenpflege und des Gesundheitswesens besteht Kooperationsbedarf.

5. Ausschluss von vom Verfassungsschutz beobachteten Vereinen nicht sinnvoll

Da Ortsvereine eines Dachverbands unterschiedliche Ausprägungen aufweisen und ein Ausschluss aus dem Dialog Abgrenzungen und Feindbilder verstärkt, sieht die Mehrheit der Kommunen in Baden-Württemberg davon ab, Vereinigungen wie Milli Görüş aus dem Dialog auszuschließen. Durch Kontakte werden Klärungsprozesse in den Moscheevereinen angestoßen und es kann geprüft werden, ob vor Ort eine gemeinsame Grundlage für den Dialog gegeben ist.

6. Moscheebaukonflikte Chance für Klärungsprozesse

Viele Kommunen verorten Moscheebauten möglichst unauffällig in Gewerbegebiete, um Konflikte zu minimieren. Hier bleibt die Chance, Moscheevereine dauerhaft zu integrieren, ungenutzt. Manche Kommunen wie Mannheim oder Schwäbisch Gmünd nutzen den Moscheebaukonflikt, um nachhaltige Dialogstrukturen aufzubauen. Dies verstärkt die Tendenz der islamischen Vereine, sich mit den Neubauten auch endgültig in der deutschen Gesellschaft zu beheimaten.

7. Handlungsorientierung und Politisierung des interreligiösen Dialogs notwendig

Kirchliche Gesprächspartner wünschen sich meist einen Dialog über theologischen Fragen, während Muslime in der Regel einen handlungsorientierten Dialog bevorzugen. Wenn Kirchen Erfah-

rungen aus dem sozialen Bereich (Caritas, Diakonie) stärker mit ihren Dialogaktivitäten verbinden und sich auch an Dialogen im kommunalen Rahmen beteiligen, gewinnen sie an öffentlicher Relevanz.

8. Wunsch nach intensiverer muslimischer Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit islamischer Vereine ist oft auf allgemeine Informationen über den Islam beschränkt und macht kaum die konkreten lokalen Gegebenheiten bekannt. Ziel sollte sein, dass sich islamische Vereinigungen, kommunale und kirchliche Stellen regelmäßig über ihre Aktivitäten informieren und die Qualifizierung von Personen, die am Dialoggeschehen beteiligt sind, fördern.

9. Misstrauen von Moscheevereinen gegenüber islamischem Religionsunterricht

Viele Moscheevereine sehen das Pilotprojekt „islamischer Religionsunterricht an Grundschulen“ als Konkurrenz. Ihre Einschätzungen beruhen auf Informationsdefiziten, die nur durch eine verbesserte Informationspolitik staatlicher Stellen und islamischer Dachverbände überwunden werden können. Einzelne Moscheevereine, die bereits pionierhaft moderne und deutschsprachige Formen von „Koranschulen“ praktizieren, sehen den schulischen Religionsunterricht als komplementär zu ihren eigenen Angeboten an

10. Emanzipation der muslimischen Frauen von männlichen Strukturen

In vielen Moscheevereinen geben sich Frauen nicht mehr mit ihrer traditionellen Rolle zufrieden und fordern Mitbestimmungsmöglichkeiten ein. Dort wo ihre Belange kein Gehör finden, bauen sie in Absetzung von den weitgehend männlich geprägten Vereinen eigene Strukturen auf. Im Dialog spielen Frauengruppen mit praxisrelevanten Projekten eine Vorreiterrolle.

11. Muslime fordern Imamausbildung in Deutschland

Trotz verbreitetem Interesse am Dialog spielen die Imame aufgrund von Sprachproblemen in der Regel keine Rolle für die Außenbeziehungen islamischer Vereine. Eine breite Mehrheit der Muslime spricht sich für eine Imamausbildung in Deutschland aus. Einzelne Vereine und Kommunen fördern die Orientierungsfähigkeit ihrer Imame, indem sie ihnen die Teilnahme an Sprach- und Integrationskursen ermöglichen.

Hinweis: Weitere Informationen bei den Projektleitern Dr. Hansjörg Schmid (0711/ 1640-725; schmid@akademie-rs.de) und Klaus Barwig (0711/ 1640-730; barwig@akademie-rs.de).